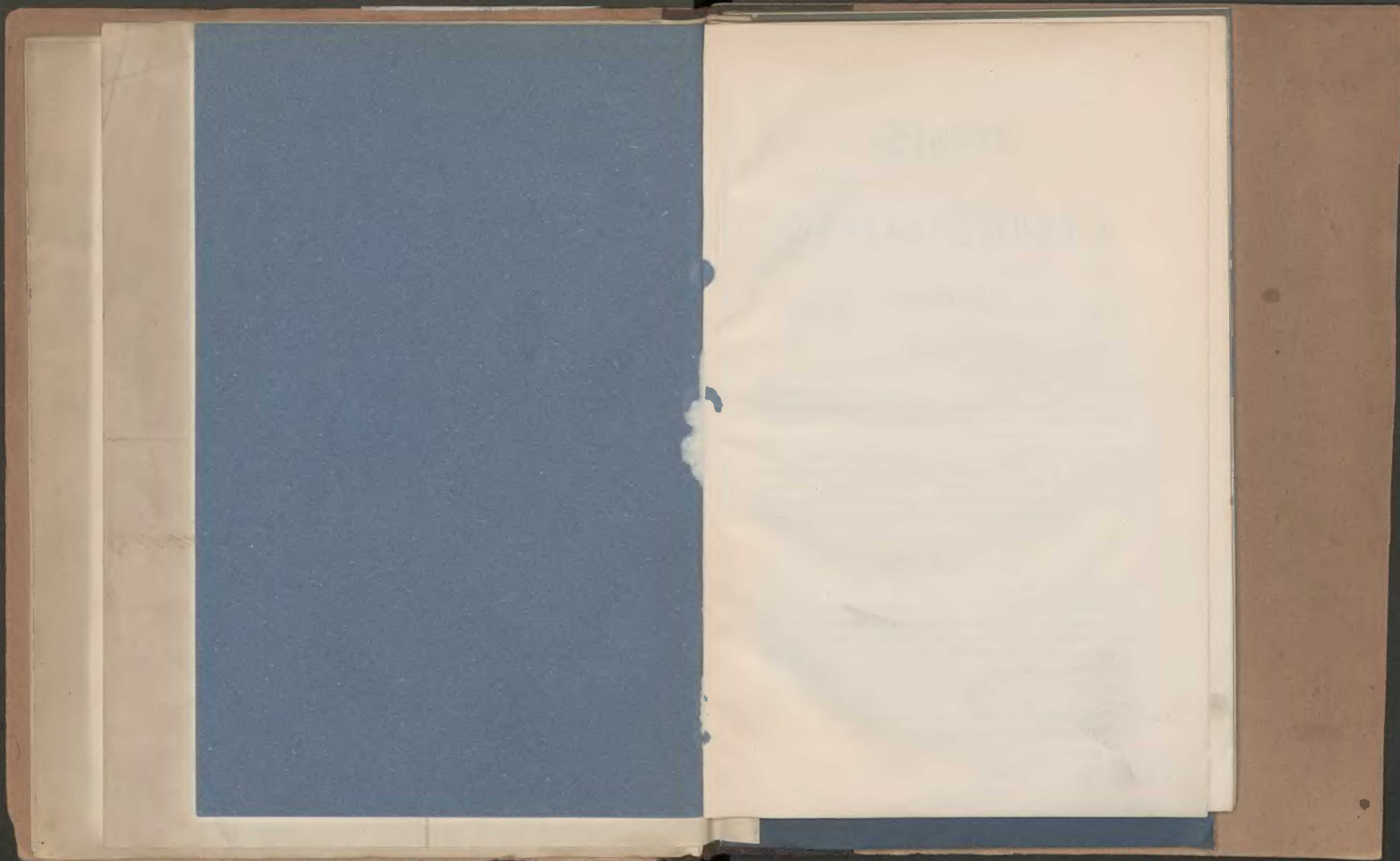


Glafer - Innungs - Statut.





Statut

der

Glaſer-Zunung

in

Breslau.

R 1346/w

Yn 747

Nachdem die statutarische Verfaſſung der in Breslau biſher unter der Benennung „Glaſer-Mittel“ beſtandenen Korporation von Gewerbetreibenden, den Beſtimmungen im § 95 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 und im § 66 der Verordnung vom 9. Februar 1849 gemäß, einer Reviſion unterworfen worden, tritt für dieſe Korporation, welche unter der Benennung „Glaſer-Zunung in Breslau,“ fortbauert, das gegenwärtige Statut an die Stelle der für jenes Mittel biſher maßgebendgeweſenen ſtatutarischen Vorſchriften, Gewohnheiten und Beſchlüſſe, welche hierdurch aufgehoben werden.

§ 1.

Allgemeine Zwecke der Zunung.

Die Zunung iſt dazu beſtimmt, die Mitglieder zur Förderung ihrer gemeinſamen gewerblichen Interellen zu verbinden. Inſbeſondere ſoll die Zunung zur Vervollkommnung und Hebung des Gewerbes Gelegenheit darbieten, die Genoffen zur Verathung und Selbſtverwaltung ihrer gemeinſamen gewerblichen Angelegenheiten, ſowie zu gegenseitigem Beiſtande vereinigen, Ordnung und Einigkeit unter ihnen erhalten und die Ehre der Genoffenſchaft bewahren. Dieſen allgemeinen Zwecken entſprechend hat die Zunung auch:

- a die Aufnahme, die Ausbildung und das Betragen der Lehrlinge und Gefellen der Zunungs-Genoffen zu beaufſichtigen;

- b. der Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Innungs-Genossen sich zu unterziehen;
- c. die Verwaltung der für die Innungs-Genossen errichteten Kranken-, Sterbe-, Hilfs- und Sparcassen zu leiten.

§ 2.

Mitglieder der Innung.

Die Mitglieder des Glaser-Mittels in Breslau bleiben Mitglieder der als Glaser-Innung in Breslau fortbestehenden Korporation.

§ 3.

Aufnahme neuer Mitglieder.

Jeder unbescholtene, in Breslau oder in der Umgegend wohnende Glasermeister kann die Aufnahme in diese Innung unter den nachstehend zu I. und II. festgesetzten Bedingungen verlangen. Den außerhalb Breslau Wohnenden ist jedoch die Aufnahme zu versagen, wenn in ihrem Wohnorte oder in größerer Nähe des Wohnortes als in Breslau, eine Innung ihres Gewerbes besteht.

- I. Der Aufzunehmende muß die Befähigung zum selbstständigen Betriebe des Glaser-Gewerbes nachweisen.

Zum Nachweise dieser Befähigung genügt das Zeugniß einer der in den §§ 37 bis 40 der Verordnung vom 9. Februar 1849 erwähnten Prüfungs-Kommissionen, oder in den Fällen, in welchen die Prüfung schon vor Errichtung dieser Kommissionen, abgelegt worden das Zeugniß einer der, nach den Bestimmungen im Tit. VIII der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 früher bestandenen Prüfungs-Behörden. Mitglieder älterer, vor Verkündigung der Gewerbe-Ordnung an andern Orten bestandener Glaser-Innungen sind von dem Nachweise der gewerblichen Befähigung entbunden.

- II. Bei der Aufnahme ist als Antrittsgeld nur ein Beitrag von fünf Thalern zur Innungs-Kasse zu entrichten. Sonstige Gebühren oder Auslagen dürfen für die Aufnahme nicht erhoben werden. Hierunter sind jedoch die Kosten der Prüfung, welche von den bei der Prüfungs-Kommission der Innung geprüften Meistern zur Innungs-Kasse zu entrichten und nach der betreffenden allgemeinen Anweisung von der Prüfungs-Kommission festzusetzen sind, nicht mit begriffen.

§ 4.

Ueber die Zulässigkeit des Aufnahme-Gesuchs, welches schriftlich bei dem Ober-Meister (§ 21) einzureichen ist, hat die Innungs-Versammlung zu entscheiden; sie darf aber, wenn die im § 3 vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt sind, und keiner der im § 107 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 erwähnten Gründe der Ausschließung vorliegt, die Aufnahme nicht versagen.

§ 5.

Durch den Beschluß, welcher die Zulässigkeit des Aufnahme-Gesuches feststellt, tritt der Aufzunehmende in alle Rechte und Pflichten eines Innungs-Genossen. Der Ober-Meister hat ihn von dem Beschlusse in Kenntniß zu setzen und mit den Obliegenheiten bekannt zu machen, welche er durch den Eintritt in die Innung übernommen hat. Die förmliche Aufnahme erfolgt in der nächsten ordentlichen Versammlung der Innung. Der Aufgenommene hat sich zur Erfüllung jener Obliegenheiten durch Handschlag, sowie durch Vollziehung der über seine Aufnahme niedergeschriebenen Verhandlung zu verpflichten. Demnach wird ihm eine Bescheinigung über die erfolgte Aufnahme unentgeltlich eingehändigt.

§ 6.

Wittwen und minderjährige Erben verstorbener Genossen.

Wird nach dem Tode eines Innungs-Genossen dessen Gewerbe durch einen, zum selbstständigen Betriebe dieses Gewerbes befähigten Stellvertreter, für Rechnung der Wittve, oder, wenn minderjährige Erben vorhanden sind, für deren Rechnung fortgesetzt, so gehen die Befugnisse und Obliegenheiten des verstorbenen Genossen, mit Ausnahme des Stimmrechts (§ 8), auf die Wittve für die Dauer des Wittwenstandes, auf minderjährige Erben für die Dauer der Minderjährigkeit über.

Großjährige Söhne der Innungs-Genossen haben den Bedingungen der Aufnahme (§ 3) ebenso, wie andere Gewerbetreibende, zu genügen.

§ 7.

Allgemeine Befugnisse und Obliegenheiten der Innungs-Genossen.

Der Eintritt in die Innung begründet die Theilnahme an denjenigen Rechten und Befugnissen, welche nach den Gesetzen und nach

diesem Statute den Genossen zustehen, insbesondere die Theilnahme an dem Vermögen der Innung und an ihren wohlthätigen Einrichtungen, sowie die Mitbenutzung ihrer gemeinsamen Anstalten unter den dafür festgesetzten Bedingungen.

§ 8.

Stimmberechtigt in den Versammlungen der Innung ist jeder Innungs-Genosse, welcher sein Gewerbe während des zuletzt abgelaufenen Jahres, vom Tage der betreffenden Versammlung zurückgerechnet, selbstständig betrieben hat, sofern ihm nicht das Stimmrecht durch einen Beschluß der Innungs-Versammlung (§§ 10 19) entzogen ist.

Die nach den Bestimmungen im § 6 zur Innung gehörenden Wittwen und minderjährigen Erben verstorbener Genossen sind nicht stimmberechtigt.

§ 9.

Zur Erreichung der Zwecke der Innung hat jeder Genosse nach den Bestimmungen dieses Statuts mitzuwirken und den mit Beachtung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften gefaßten Beschlüssen der Innungs-Versammlung, sowie den entsprechenden Anordnungen des Vorstandes Folge zu leisten.

Die Bestimmungen des § 22 in Betreff der Annahme der Wahl zum Mitgliede des Vorstandes gelten und hinsichtlich der Verpflichtung jedes Innungs-Genossen zur Annahme der Wahl zum Mitgliede der Prüfungs-Kommission der Innung oder der Kreis-Prüfungs-Kommission (§§ 37, 39 der Verordnung vom 9. Februar 1849.)

§ 10.

Sollte ein Innungs-Genosse Gefellen oder Lehrlinge anderer Genossen in eigennütziger Absicht zum Ausscheiden aus ihren Arbeits- oder Lehr-Verhältnissen verleiten, oder die einem andern Genossen zugesicherte Arbeit durch unredliche Mittel an sich zu ziehen suchen, oder durch unehrenhafte Täuschung des Publikums oder durch Verbreitung von Unwahrheiten den Erwerb der Mitgenossen beeinträchtigen, so hat der Obermeister demselben die hierdurch veranlaßten Beschwerden vor versammeltem Vorstande vorzuhalten, und ihn vor Wiederholung solcher Handlungen zu warnen. Rückfälligen kann die Innungs-

Versammlung Ordnungsstrafen bis zu fünf Thalern auferlegen und ihnen nach Befinden außerdem das Stimmrecht (§ 8) bis auf 3 Jahre entziehen.

§ 11.

Kommen Beleidigungen oder Streitigkeiten, besonders solche, die sich auf gewerbliche Angelegenheiten beziehen, unter Innungs-Genossen vor, so hat der Vorstand, auf Antrag eines derselben, beide Theile vorzuladen, um unter ihnen einen Vergleich oder eine Aussöhnung zu versuchen.

Wer solche Streitigkeiten, ohne vorgängigen Sühneversuch vor dem Vorstande, zur gerichtlichen Entscheidung bringt, verurtheilt eine Ordnungsstrafe bis zu einem Thaler.

§ 12.

Jeder Innungs-Genosse ist verpflichtet, der schriftlichen Vorladung des Vorstandes zu Erörterungen oder Verhandlungen, bei welchen seine Vernehmung erforderlich ist, Folge zu leisten. In der Vorladung ist der Zweck derselben bekannt zu machen, und es kann darin für den Fall des Ausbleibens eine Ordnungsstrafe bis zu einem Thaler angedroht werden. Die für ungerechtfertigtes Ausbleiben festgesetzte Ordnungsstrafe kann, bei fernerer Nichtachtung der erneuerten Vorladung, verdoppelt werden.

§ 13.

Freiwilliger Austritt aus der Innung.

Die Genossen der Innung können freiwillig, am Schlusse jedes Kalender-Jahres, nach vollständiger Berichtigung der rückständigen Beiträge und nach Erfüllung aller Verpflichtungen gegen die Innung, ausscheiden. Der beabsichtigte Austritt muß spätestens am 1. October des Jahres, mit dessen Ablauf er erfolgen soll, dem Vorstande schriftlich angezeigt werden. Mit dem Ablaufe dieses Jahres geht der Ausscheidende aller, durch die Mitgliedschaft bedingten Befugnisse und Ansprüche an die Innung verlustig; andererseits hört alsdann seine Verpflichtung zur ferneren Zahlung von Beiträgen auf, soweit er nicht nach allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen für die nachträgliche Erfüllung solcher Verpflichtungen der Innung, welche schon vor seinem Ausscheiden begründet waren, mit den übrigen Innungs-Genossen aufkommen muß.

§ 14.

Unfreiwilliges Ausscheiden.

Ein Innungs-Genosse, welcher sich solcher Handlungen oder Verbrechen schuldig macht, die nach Vorschrift des § 107 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 von der Aufnahme in eine Innung unbedingt ausschließen würden, muß aus der Innung ausscheiden. Auch kann unter denselben Voraussetzungen, unter denen nach jener Gesetzes-Stelle die Aufnahme versagt werden darf, ein Innungs-Genosse durch Beschluß der Innungs-Versammlung, unter Zustimmung der Kommunal-Behörde in Breslau, wieder ausgeschlossen werden.

Das unfreiwillige Ausscheiden hat die Aufhebung aller durch die Mitgliedschaft bedingten Befugnisse und Ansprüche an die Innung und ebenso den Wegfall der Verpflichtung zur Entrichtung fernerer Beiträge, mit dem am Schlusse des § 13 erwähnten Vorbehalte, zur unmittelbaren Folge. Die bis zum Ausscheiden rückständig gebliebenen Beiträge können durch Exekution im Verwaltungswege (§ 35) beige-trieben werden.

§ 15.

Ordentliche Versammlungen der Innung.

Zur Erledigung der, den Beschlüssen der Innungs-Versammlung vorbehaltenen Angelegenheiten werden jährlich vier ordentliche Versammlungen der stimmberechtigten Genossen, und zwar jederzeit innerhalb der ersten 14 Tage jedes Vierteljahrs, abgehalten, jedoch dürfen diese Versammlungen an Sonn- und Festtagen nicht stattfinden.

Einladungen zu den ordentlichen Versammlungen werden erlassen und muß das Verzeichniß der in jeder einzelnen Versammlung zur Verathung kommenden Gegenstände, von dem Ober-Meister oder seinem Stellvertreter unterschrieben, während der letzten drei Tage vor der betreffenden Versammlung beim Obermeister zur Einsicht jedes Innungs-Genossen bereit liegen. Ueber Gegenstände, welche in diesem Verzeichnisse fehlen, darf erst in einer nachfolgenden ordentlichen oder außerordentlichen Versammlung Beschluß gefaßt werden.

§ 16.

Außerordentliche Versammlungen.

Die Berufung außerordentlicher Versammlungen ist zu Verathungen über eine der in den §§ 53, 54 erwähnten Angelegen-

heiten erforderlich, und kann außerdem in dringenden Fällen von dem Vorstande beschloffen oder von dem Beisitzer (§ 18) angeordnet werden. Auch ist der Obermeister verpflichtet, eine außerordentliche Versammlung zu berufen, wenn ein Viertel der stimmberechtigten Innungs-Genossen darauf anträgt. Zu den außerordentlichen Versammlungen müssen sämtliche stimmberechtigte Genossen, mit ausdrücklicher Bezeichnung des Gegenstandes der Verathung, schriftlich eingeladen werden. Zwischen der Zustellung oder Vorzeigung der Einladung und dem Tage der Versammlung muß mindestens ein Tag frei bleiben.

§ 17.

Die stimmberechtigten Genossen der Innung sind verpflichtet, an allen Versammlungen Theil zu nehmen, sofern sie nicht durch Abwesenheit, durch Krankheit oder durch andere unvermeidliche Abhaltungen am Erscheinen verhindert sind. Das gerechtfertigte Ausbleiben ist vor der festgesetzten Zeit der Zusammenkunft bei dem Ober-Meister zu entschuldigen.

Wer in einer Innungs-Versammlung nach dem festgesetzten Anfange der Verathungen erscheint, hat eine Ordnungsstrafe von zwei und einem halben Silbergroschen zu zahlen. Wer ohne Entschuldigung ganz ausbleibt, verurtheilt eine Ordnungsstrafe von fünf Silbergroschen. Die außerhalb des Gemeinde-Bezirks der Stadt Breslau wohnenden Mitglieder dürfen ohne Entschuldigung ausbleiben.

§ 18.

Beisitzer der Innung.

Jeder Verathung der Innungs-Versammlung muß das, der Innung zugeordnete Mitglied der Kommunal-Behörde in Breslau beiwohnen, um über die Gesehmäßigkeit der Beschlüsse zu wachen. Dieser Beisitzer hat für den regelmäßigen Beginn und Verlauf der Versammlungen zu sorgen. Derselbe übt bei den Verathungen kein Stimmrecht aus, er ist aber befugt, die Versammlung aufzuheben, wenn der Ober-Meister (§ 19) nicht mehr im Stande ist, die Ruhe der Verathung zu erhalten, oder wenn die Versammlung zu geseh-widrigen Beschlüssen schreitet, ohne den dagegen erhobenen Einspruch zu berücksichtigen.

Die ohne Zuziehung des Beisitzers gefaßten Beschlüsse sind ungültig.

§ 19.

Verathungen und Beschlüsse der Innungs-Versammlung.

Der Ober-Meister oder dessen Stellvertreter leitet die Verathungen. Derselbe ertheilt das Wort und bestimmt die Reihenfolge der Erörterungen und Abstimmungen. Seinen Anweisungen bei der Aufrechterhaltung der Ordnung hat jeder Anwesende Folge zu leisten. Wer die Ruhe der Verathungen stört, kann aus der Versammlung ausgewiesen werden. Die Versammlung ist befugt, Genossen, bei welchen eine solche Ausweisung zum zweiten Male nothwendig geworden, oder welche sich ein ungebührliches Betragen gegen Mitglieder des Vorstandes oder den Beisitzer zu Schulden kommen lassen, das Stimmrecht bis auf drei Jahre zu entziehen.

§ 20.

Für jeden zu fassenden Beschluß entscheidet, mit Ausnahme der in den §§ 53, 54 erwähnten Fälle, die Mehrheit der Stimmen unter den in der Versammlung erschienenen Stimmberechtigten. Bei vorhandener Stimmengleichheit giebt die Stimme des Obermeisters, oder, wenn dieser nicht anwesend ist, seines Stellvertreters den Ausschlag.

Abwesende können von ihrem Stimmrechte keinen Gebrauch machen; sie sind, wenn vor der Abhaltung der Versammlung die Vorschriften des § 15 oder des § 16 befolgt worden, an die Beschlüsse der Versammlung gebunden.

Ueber die gefaßten Beschlüsse wird eine Verhandlung aufgenommen, von den anwesenden Mitgliedern des Vorstandes, von zwei andern Mitgliedern der Versammlung und von dem Beisitzer unterschrieben und in der Innungslade aufbewahrt.

Sind Innungs-Beschlüsse oder solche Bescheinigungen, die sich auf Innungs-Beschlüsse gründen, auszufertigen, so werden die Ausfertigungen vom Ober-Meister und von zwei andern Mitgliedern des Vorstandes unterschrieben und mit dem Innungs-Siegel bedruckt. Außerdem muß jede solche Ausfertigung vom Beisitzer, zur Beurkundung, daß er gegen die Gültigkeit des Beschlusses nichts zu erinnern gefunden, durch den Vermerk: „gesehen“ mit Beifügung seiner Namens-Unterschrift bescheinigt werden.

§ 21.

Den Vorstand der Innung bilden:

- 1 — 2. Zwei Obermeister, welche abwechselnd, jeder ein Jahr lang, die gesammte Innungs-Verwaltung leiten und für Ausführung der Beschlüsse des Vorstandes und der Innungs-Versammlung zu sorgen haben.
3. Ein Schriftführer, welchem die Besorgung aller schriftlichen Arbeiten und der Aufnahme der Verhandlungen, sowohl des Vorstandes, wie der Innungs-Versammlung obliegt.
4. Ein Kassensführer, welcher die Innungs-Kasse verwaltet.

In den Verhinderungs-Fällen verrichtet der zweite Ober-Meister die Geschäfte des den Vorsitz führenden Ober-Meisters und vertritt auch den Schriftführer oder den Kassensführer.

§ 22.

Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Innungs-Versammlung aus der Zahl der stimmberechtigten Genossen auf 4 Jahre gewählt. Die Wahl jedes Mitgliedes geschieht durch Stimmzettel. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos. Ohne erhebliche, von der Versammlung als solche anerkannte Entschuldigungs-Gründe darf Niemand die auf ihn gefallene Wahl ablehnen. Wer ohne solche Gründe die Wahl ablehnt, kann durch Beschluß der Versammlung verpflichtet werden, während der nächsten drei Jahre den doppelten Betrag derjenigen Beiträge zur Innungs-Kasse zu entrichten, welche er, ohne diese Erhöhung, nach den festgesetzten Grundsätzen der Vertheilung zu zahlen hätte.

Die Wahlen bedürfen der Bestätigung durch die Kommunal-Behörde in Breslau. Im Auftrage derselben werden die Gewählten vom Beisitzer vor versammelter Innung durch Handschlag in Pflicht genommen. Von den vier Mitgliedern des Vorstandes scheidet jährlich ein Mitglied aus, welches in den drei ersten Jahren nach erfolgter Bestätigung dieses Statuts durch das Loos bestimmt wird. Der Ausscheidende ist wieder wählbar, jedoch für die nächsten drei Jahre zur Annahme einer neuen Wahl nicht verpflichtet.

§ 23.

Die Geschäfte des Ober-Meisters.

Der Ober-Meister hat alle an die Innung gerichteten Schriften in Empfang zu nehmen, alle Angelegenheiten, welche eine gemein-

same Berathung nicht erfordern, im Namen des Innungs-Vorstandes zu erledigen, die Einladungen zu den Versammlungen der Innung, von deren Anberaumung der Meister zu benachrichtigen ist, und zu den Berathungen des Vorstandes, sowie die etwa nöthigen Vorladungen einzelner Innungs-Genossen, Gesellen und Lehrlinge zu erlassen, die Ausfertigung der von der Innung zu ertheilenden Bescheide oder an die Behörden zu richtenden Gesuche u. s. w. zu veranlassen, und die Verzeichnisse der Innungs-Genossen, sowie der bei der Innung aufgenommenen und entlassenen Lehrlinge zu führen.

§ 24.

Gemeinsame Berathungen der Mitglieder des Vorstandes.

Unter dem Vorstehe des amtierenden Ober-Meisters hat der Innungs-Vorstand nachstehende Angelegenheiten zu erledigen:

1. die Vorbereitung derjenigen Berathungs-Gegenstände, welche zur Entscheidung der Innungs-Versammlung gebracht werden sollen;
2. die laufende Verwaltung des Innungs-Vermögens;
3. die Bewilligung von Unterstützungen aus der Innungs-Kasse, soweit der Vorstand hierzu durch den von der Innungs-Versammlung genehmigten Ausgabe-Etat (§ 28) ermächtigt ist;
4. die Erörterung der Anträge auf förmliche Aufnahme und Entlassung der Lehrlinge bei der Innung;
5. die Festsetzung der nach den §§ 11, 12, 17, 31, 46 verwirkten Ordnungsstrafen;
6. die Verwarnung einzelner Innungs-Genossen in den Fällen der §§ 10 und 42;
7. die Zurechtweisung solcher Gesellen und Lehrlinge, deren Betragen zur Unzufriedenheit Veranlassung giebt (§ 47).

§ 25.

Zu den gemeinsamen Berathungen und Verhandlungen des Vorstandes sind sämtliche Mitglieder desselben vom Ober-Meister zu berufen. Bei den zu fassenden Beschlüssen müssen wenigstens drei Mitglieder versammelt sein. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt, im Falle der Stimmengleichheit entscheidet die Meinung des Ober-Meisters.

Die Ergebnisse der Berathungen und Verhandlungen sind niederzuschreiben, von den anwesenden Mitgliedern des Vorstandes zu vollziehen und in der Innungslade aufzubewahren.

§ 26.

Kosten der Geschäftsführung.

Für die Beschaffung des Lokals zu den Versammlungen der Innung und der Vorstands-Mitglieder, für die Aufbewahrung der Innungslade und für die Zeitversäumnisse, welche mit der laufenden Verwaltung der Innungs-Angelegenheiten verbunden sind, erhält der Ober-Meister eine von der Innungs-Versammlung festzusetzende jährliche Entschädigung aus der Innungs-Kasse.

Auch dem Schriftführer und dem Kassensführer können durch Beschluß der Innungs-Versammlung für ihre Zeitversäumnisse angemessene Entschädigungen aus der Innungs-Kasse bewilligt werden.

Unvermeidliche Auslagen der Mitglieder des Vorstandes sind aus der Innungs-Kasse zu erstatten.

§ 27.

Innungs-Vote.

Zur Bestellung der Einladungen und Vorladungen kann der Ober-Meister, mit Zustimmung der Innungs-Versammlung, einen Innungs-Voten annehmen, welcher die ihm zugesicherten Votengebühren aus der Innungs-Kasse erhält. Derselbe steht bei der Ausführung der ihm übertragenen Geschäfte unter der Aufsicht des Ober-Meisters, und kann bei Vernachlässigung seiner Obliegenheiten mit Genehmigung der Innungs-Versammlung wieder entlassen werden.

§ 28.

Verwaltung des Innungs-Vermögens.

Die Verwaltung des Innungs-Vermögens ist dem Vorstande übertragen, welcher bei seiner Geschäftsführung an den, jährlich auf seinen Antrag von der Innungs-Versammlung festzusetzenden Einnahme- und Ausgabe-Etat gebunden ist.

Die besondere Genehmigung der Innungs-Versammlung ist erforderlich zu allen Ueberschreitungen des Etats und zur Erwerbung, Vermietung, Verpachtung, Verpfändung und Veräußerung von Grundstücken, zur Ausleihung oder Cession von Kapitalien, zur Aufnahme von Darlehen und zur Uebernahme anderer Verpflichtungen und Leistungen, für welche die Innung haften soll, zur Entfagung erworbener und zur Verzichtleistung auf noch zu erwerbende Rechte, zur Anstellung von Prozessen und zur Abschließung von Vergleich.

§ 29.

Ohne besondere Einwilligung der Kommunal-Behörde in Breslau kann die Innung unbewegliche Sachen weder an sich bringen, noch veräußern oder verpfänden. Auch bei Schulden, für welche die Substanz des unbeweglichen Korporations-Vermögens oder die Nutzungen desselben auf länger als ein Jahr haften sollen, ist die Einwilligung jener Behörde nothwendig.

Zur Veräußerung unbeweglicher Güter und Gerechtigkeiten der Innung ist, auch außer dem Falle eines nothwendigen Verkaufs, die Königliche Regierung in besonderen Fällen, auf den Antrag der Innung und in Uebereinstimmung mit der Kommunal-Behörde, dispensiren und den Verkauf aus freier Hand gestatten, sobald sie sich überzeugt hat, daß dieser der Innung vortheilhaft oder doch nicht nachtheilig ist.

§ 30.

Dem Korporations-Vermögen der Innung treten alle durch Anschaffung oder durch Verwendung von Ueberschüssen aus der Innungs-Kasse erworbene Vermögens-Stücke zu.

Dasselbe darf nicht nach andern Grundsätzen, als nach den Bestimmungen dieses Statuts behandelt, insbesondere nicht unter die Genossen der Innung vertheilt werden.

§ 31.

Laufende Beiträge zur Innungs-Kasse.

Zur Innungs-Kasse hat jedes Mitglied der Innung vierteljährlich, spätestens, am 15. der Monate Januar, April, Juli und Oktober, fünfzehn Silbergroschen an den Kassensführer zu zahlen.

Wer die Entrichtung fälliger Beiträge über den Zahlungstermin hinaus verzögert, verurtheilt eine Ordnungsstrafe von zwei Silbergroschen.

§ 32.

Sonstige Einnahmen der Innungs-Kasse.

Der Innungs-Kasse werden auch die übrigen Einnahmen der Innung überwiesen, zu welchen insbesondere gehören:

1. die Nutzungen des Innungs-Vermögens;
2. die Antrittsgelder der neu aufgenommenen Mitglieder;
3. die Beiträge, welche die bei der Innung geprüften Meister und

die bei derselben aufgenommenen und entlassenen Lehrlinge zur Erstattung der durch ihre Prüfung, Aufnahme oder Entlassung veranlaßten Auslagen zu zahlen haben;

4. alle nach den Bestimmungen dieses Statuts festgesetzten und eingezogenen Ordnungsstrafen.

§ 33.

Ausgaben.

Aus der Innungs-Kasse werden bestritten:

1. die Verzinsung der Korporationsschulden und die zur Tilgung derselben bestimmten Abzahlungen;
2. die auf dem Innungs-Vermögen haftenden Lasten und Abgaben;
3. die Kosten der Geschäftsführung bei der Verwaltung der Innungs-Angelegenheiten;
4. die von dem Vorstande (§ 24 zu 3) oder von der Innungs-Versammlung bewilligten Unterstützungen für hilfsbedürftige Innungs-Genossen und deren Hinterbliebene;
5. die außerdem von der Innungs-Versammlung dem Statut gemäß beschlossenen Verwendungen zu allgemeinen Innungs-Zwecken.

Der Aufwand für gesellige Ergötzlichkeiten darf der Innungs-Kasse nicht zur Last fallen.

§ 34.

Soweit die Einnahmen (§§ 31, 32) zur Deckung der Ausgaben (§ 33) nicht zureichen, muß der fehlende Bedarf durch außerordentliche Beiträge der Innungs-Genossen aufgebracht werden. Die Höhe dieser Beiträge ist von der Innungs-Versammlung unter Genehmigung der Kommunal-Behörde festzusetzen.

Dieselben werden auf sämtliche Innungs-Genossen gleichmäßig vertheilt.

Sofern es sich um die Erfüllung unzweifelhafter Verbindlichkeiten der Innung handelt, kann dieselbe zur Ausbringung der nöthigen Beiträge im Verwaltungswege angehalten werden.

§ 35.

Einziehung der Beiträge und Ordnungs-Strafen.

Alle rückständigen Beiträge und Ordnungs-Strafen können durch die Kommunal-Behörde exekutivisch im Verwaltungswege eingezogen

werden. Der hierauf gerichtete Antrag des Vorstandes muß von dem Beisitzer geprüft und bescheinigt sein.

§ 36.

Innungs-Lade.

Die Urkunden und Verhandlungen der Innung, die geldwerthen Papiere und die Baarbestände, soweit diese den Betrag von 20 Thlr. übersteigen, sind in der Innungs-Lade unter doppeltem Verschlusse vom Ober-Meister aufzubewahren. Der zweite Schlüssel zur Lade befindet sich in den Händen des Kassensführers.

Die Kassenbücher und die baaren Bestände bis zur Höhe von 20 Thalern werden vom Kassensführer verwahrt. Dieser hat den jährlichen Kassen-Etat zu entwerfen und dem Vorstande zur Prüfung und Vorlegung an die Innungs-Versammlung einzureichen. Zu allen Zahlungen bedarf er der schriftlichen Genehmigung des Ober-Meisters, welchem er vierteljährlich die rückständigen Einnahmen anzuzeigen hat.

Rechnungslegung.

Die am Jahreschlusse vom Kassensführer und vom Ober-Meister gemeinschaftlich zu legende Rechnung über die Kassen-Verwaltung wird zuvörderst durch einen von der Innungs-Versammlung zu wählenden Ausschuss von sechs Mitgliedern geprüft, nach Erledigung der etwaigen Erinnerungen acht Tage lang zur Einsicht jedes Innungs-Genossen beim Ober-Meister ausgelegt und sodann in der nächsten ordentlichen Versammlung der Innung abgenommen. Der Beisitzer ist befugt, zu jeder Zeit die Innungs-Kasse zu revidiren.

§ 37.

Unterstützungs-, Kranken- und Sterbe-Kassen.

Die Errichtung besonderer Unterstützungs-, Kranken und Sterbe-Kassen für die Innungs-Genossen kann von der Innungs-Versammlung beschloffen werden. Dieser bleibt die Feststellung der Theilnahme-Rechte und der Grundsätze für die Verwaltung in den betreffenden Kassen-Statuten unter Aufsicht der Kommunal-Behörde in Breslau vorbehalten. Die Innungs-Versammlung kann auch die Aufbringung besonderer Beiträge zu solchen Kassen mit der Maßgabe beschließen, daß für die Einziehung die Bestimmungen im § 35 zur Anwendung kommen.

§ 38.

Vertretung der Innung durch den Vorstand.

Die Innung wird bei gerichtlichen, wie bei außergerichtlichen Verhandlungen durch ihren Vorstand vertreten, welcher dazu keiner Vollmacht bedarf.

Diese Befugniß des Vorstandes erstreckt sich auch auf diejenigen Fälle, in welchen für andere Bevollmächtigte oder Verwalter nach den allgemeinen Gesetzen eine Spezial-Vollmacht erforderlich sein würde.

Der Vorstand hat jedoch die Ermächtigung:

1. zur Erwerbung, Verpfändung und Veräußerung unbeweglicher Vermögenstheile;
2. zur Aufnahme von Darlehen;
3. zur Uebernahme anderer Verpflichtungen und Leistungen, für welche die Innung haften soll;
4. zur Entsagung erworbener und zur Verzichtleistung auf noch zu erwerbende Rechte;

durch Vorlegung einer Ausfertigung des betreffenden Beschlusses der Innungs-Versammlung und, soweit zu dem Geschäft die Einwilligung der Kommunal-Behörde oder der Königlichen Regierung nothwendig ist (§ 29), auch diese nachzuweisen.

Zur Gültigkeit der von dem Vorstande in Vertretung der Innung, abgegebenen Willenserklärungen gehört die Mitwirkung des Ober-Meisters oder seines Stellvertreters und zweier anderer Mitglieder des Vorstandes. Ihre persönliche Legitimation wird durch die amtliche Bescheinigung des Beisitzers geführt. Bei Zahlungen an die Innungs-Kasse bis zum Betrage von dreißig Thalern genügt die Quittung des Ober-Meisters oder des Kassensführers.

§ 39.

Lehrlinge und Gesellen der Innungs-Genossen.

Die Befugnisse der Innungs-Genossen zur Beschäftigung von Gesellen und Lehrlingen, sowie die Verhältnisse zwischen ihnen und ihren Gesellen und Lehrlingen, sind nach den Vorschriften des Tit. VII. der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 und nach der Verordnung vom 9. Febr. 1849 zu beurtheilen.

§ 40.

Anmeldung der Lehrlinge bei dem Vorstande.

Jeder Innungs-Genosse, welcher einen Lehrling annimmt, muß denselben vor Ablauf von 6 Wochen nach dem vorläufigen Eintritt

in die Lehre, mit Vorlegung der nach § 148 der Gewerbe-Ordnung erforderlichen Bescheinigung des Religionslehrers und eines Schulzeugnisses, aus welchem hervorgeht, daß der Lehrling lesen, schreiben und rechnen kann, beim Innungs-Vorstande zur Aufnahme anmelden.

Der Ober-Meister hat die Befugniß des Lehrherrn zum Halten von Lehrlingen und die Befähigung des Lehrlings zum Eintritt in die Lehre nach dessen körperlicher und geistiger Ausbildung zu prüfen; bei obwaltenden Zweifeln über die Zulänglichkeit der Schulkenntnisse hat der Lehrling Proben im Lesen, Schreiben und Rechnen abzulegen.

Ist der Lehrherr zum Halten von Lehrlingen nicht befugt, oder dem Lehrling der Eintritt in die Lehre nicht zu gestatten, so hat der Vorstand die Aufnahme zu versagen und hiervon in den Fällen des § 133 der Gewerbe-Ordnung der städtischen Kommunal-Behörde des Lehrherrn, oder, wenn dieser auf dem Lande wohnt, der Polizei-Obrigkeit seines Wohnortes Anzeige zu machen.

Die Söhne von Innungs-Genossen haben die Bedingungen der Aufnahme in gleicher Weise, wie andere Lehrlinge zu erfüllen.

§ 41.

Aufnahme der Lehrlinge.

Bei der Aufnahme des Lehrlings, welche jederzeit vor der Innungs-Versammlung erfolgt, sind die wesentlichen Bestimmungen des Lehr-Vertrages über Lehrzeit, Lehrgeld, Kost u. s. w. zu verzeichnen. Diesen Vermerk hat der Lehrherr, der Lehrling und dessen Vater oder Vormund zu unterschreiben. Ist der Vater oder Vormund von der persönlichen Mitwirkung bei der Aufnahme-Verhandlung abgehalten, so muß entweder ein von ihm in rechtsgültiger Form vollzogener Lehr-Vertrag oder seine schriftliche Genehmigung der bei der Aufnahme verabredeten Bedingungen beigebracht und bis zur Entlassung des Lehrlings bei der Innung aufbewahrt werden. Der Vormund hat die Zustimmung des vormundschaftlichen Gerichts zu dem Lehr-Vertrage nachzuweisen. Beiden Theilen sind durch den Obermeister die gegenseitigen Verpflichtungen vorzuhalten.

Wenn der Lehrling noch eines nachhelfenden Unterrichts während der Lehrzeit bedarf, muß der Vorstand die nöthigen Anordnungen bei der Orts-Schulbehörde beantragen. Zur Deckung der, durch die Aufnahme veranlaßten, aus der Innungs-Kasse zu bestreitenden Auslagen hat der Lehrherr außer dem zum Lehr-Vertrage verwendeten

gesetzlichen Stempel einen Thaler zur Innungs-Kasse zu entrichten; eine weitere Gebühr oder Erstattung von Auslagen darf unter keinem Vorwande gefordert werden.

§ 42.

Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge.

Der Innungs-Vorstand hat die Ausbildung und Behandlung der bei der Innung aufgenommenen Lehrlinge zu überwachen und mindestens alljährlich darüber Nachfrage zu halten. Jeder Innungs-Genosse ist verpflichtet, den Mitgliedern des Vorstandes auf Befragen Auskunft über die Führung und über die Fortschritte seiner Lehrlinge zu geben; die Versäumniß der Pflichten, welche dem Lehrherrn nach § 150 der Gewerbe-Ordnung obliegen, ist demselben vom Ober-Meister vor versammeltem Vorstande vorzuhalten; grobe Pflichtwidrigkeiten sind dem Polizei-Anwalte zur Veranlassung der Bestrafung (§ 185 der Gewerbe-Ordnung) anzuzeigen.

Nach Befinden kann der Vorstand die Entziehung der Befugniß, Lehrlinge zu halten, bei der königlichen Regierung beantragen. (§ 129 a. a. D.)

§ 43.

Wider den Willen des Lehrherrn kann das Lehrverhältniß vor Ablauf der Lehrzeit aufgehoben werden, wenn der Lehrherr die ihm nach § 150 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 obliegenden Verpflichtungen gröblich vernachlässigt, oder das Recht der väterlichen Zucht (§ 151 a. a. D.) mißbraucht.

Ob der Fall einer solchen Vernachlässigung oder eines solchen Mißbrauchs vorhanden und demzufolge das Lehrverhältniß aufzulösen ist, hat der Vorstand der Innung (§ 25) unter dem Vorstehe des Beisizers, mit Ausschluß des Rechtsweges, zu entscheiden.

In diesen Fällen kann der Lehrherr zur Erstattung der durch die anderweitige Unterbringung des Lehrlings entstehenden Mehrkosten im Rechtswege angehalten werden. Dasselbe gilt von dem Falle, wenn dem Lehrherrn die Befugniß, Lehrlinge zu halten, entzogen wird.

§ 44.

Abmeldung der Lehrlinge bei dem Vorstande.

Das Ausscheiden des Lehrlings aus dem Lehrverhältniß muß binnen drei Tagen vom Lehrherrn dem Vorstande angezeigt werden.

Bei der Verpflichtung zu dieser Anzeige macht es keinen Unterschied, ob die vertragmäßige Lehrzeit bereits abgelaufen ist, oder nicht, und ob der Lehrling mit oder ohne Zustimmung des Lehrherrn die Lehre verläßt. Wird nach Erfüllung des Lehrvertrages die Prüfung und Entlassung des Lehrlings bei der Innung nicht beantragt, so hat der Vorstand die Gründe dieser Versäumnis, mit Zuziehung der Betheiligten, zu erörtern und in den geeigneten Fällen den Lehrling zur Ablegung der Gesellen-Prüfung, durch Vorhaltung der Nachtheile welche bei dem Mangel des Prüfungs-Zeugnisses für sein Fortkommen entstehen können, zu veranlassen.

Lehrlinge, welche vor Ablauf der Lehrzeit ihren zur Innung gehörenden Lehrherrn durch dessen Tod oder aus anderen Gründen verlieren, sollen durch Vermittelung des Vorstandes bei einem andern Genossen der Innung zur Vollenbung der Lehrzeit untergebracht werden. Die Annahme solcher Lehrlinge ist, soweit sich Gelegenheit dazu darbietet, Ehrenpflicht der Genossen.

§ 45.

Prüfung und Entlassung der Lehrlinge.

Die Prüfung des Lehrlings erfolgt nach Beendigung der Lehrzeit bei der Prüfungs-Kommission der Innung, welche nach den hierüber bestehenden allgemeinen Bestimmungen zu verfahren hat.

Auf Grund des von dieser Kommission erteilten Prüfungs-Zeugnisses wird der Lehrling vor versammelter Innung mit Zuziehung des Lehrherrn und der Vertreter der Gesellen (Altgesellen) durch den Ober-Meister oder dessen Stellvertreter aus der Lehre entlassen unter entsprechender Vermahnung mit den Pflichten eines Gesellen bekannt gemacht und feierlich mittelst Handschlag zu Gesellen erklärt.

Die Gebühren für die Prüfung des Lehrlings sind nach der allgemeinen Anweisung für die Prüfungs-Kommissionen festzusetzen. Außerdem hat der Lehrling oder derjenige, von welchem dessen Entlassung beantragt ist, Einen Thaler zur Erstattung der durch die Entlassung entstehenden Auslagen an die Innungs-Kasse zu zahlen.

§ 46.

Innungs-Genossen, welche einen von ihnen angenommenen oder entlassenen Lehrling innerhalb der vorgeschriebenen Fristen (§§ 40 und 44) beim Vorstande nicht anmelden oder abmelden, verwirken eine Ordnungsstrafe bis zu Einem Thaler.

§ 47.

Der Vorstand ist befugt, diejenigen Lehrlinge und Gesellen, deren Betragen zur Unzufriedenheit Veranlassung giebt, vor sich oder vor die versammelte Innung zu laden, um ihnen die geeigneten Vorhaltungen zu machen oder Zurechtweisungen zu erteilen. Bei Nichtachtung einer solchen Vorladung soll dem Vorstande zur Gestellung des ungehorsam Ausgebliebenen von der Orts-Polizei-Behörde Beistand gewährt werden.

§ 48.

Streitigkeiten der Innungs-Genossen mit ihren Gesellen oder Lehrlingen.

Streitigkeiten der selbstständigen Genossen der Innung mit ihren Gesellen oder Lehrlingen, die sich auf den Antritt, die Fortsetzung oder Aufhebung des Arbeits- oder Lehrverhältnisses, oder auf die gegenseitigen Leistungen während der Dauer desselben beziehen, sind, so lange für solche Angelegenheiten eine besondere Behörde (Gewerbe-Gericht) nicht besteht, durch den Vorstand (§ 25) unter dem Vorsitze des Beisitzers zu entscheiden. Gegen diese Entscheidung steht den Betheiligten die Berufung auf den Rechtsweg binnen 10 Tagen präclusivischer Frist offen; die vorläufige Vollstreckung wird aber hierdurch nicht aufgehalten. Geht die Erledigung der erwähnten Streitigkeiten auf ein nach der Verordnung vom 9. Februar 1849 (Gesetzsammlung Nr. 3103) eingesetztes Gewerbe-Gericht über, so ist der im § 25 a. a. O. erwähnte Vergleichs-Ausschuß der Innung von dem Vorstande aus seiner Mitte zu wählen.

§ 49.

Fürsorge für hilfsbedürftige Genossen und Angehörige der Innung.

Denjenigen Genossen, welche durch fortdauernde Krankheit oder durch Altersschwäche erwerbsunfähig werden, und den hilfsbedürftigen Hinterbliebenen verstorbener Genossen hat der Vorstand in der nach den obwaltenden Umständen wirksamsten Weise seine Fürsorge zuzuwenden.

Diese Fürsorge ist insbesondere auf die Beschaffung eines befähigten Werkführers zur Fortsetzung des unterbrochenen Gewerbetriebes zu richten. Jeder Innungs-Genosse, bei welchem ein hierzu geeigneter und bereitwilliger Geselle in Arbeit steht, ist verpflichtet, denselben auf Erfordern des Vorstandes zur Werkstatt des erkrankten oder verstorbenen Innungs-Genossen zu entlassen.

§ 50.

Für die Erziehung und für das künftige Fortkommen der Waisen sorgt der Vorstand durch Auswahl und Vorschlag geeigneter Vormünder unter den Innungs-Genossen, desgleichen durch Unterbringung der Söhne bei Lehrmeistern und durch sonstige mit den Bestimmungen dieses Statuts vereinbare Unterstützung, soweit dazu die Verhältnisse Gelegenheit darbieten.

§ 51.

Befugnisse der vorgeordneten Kommunal-Behörde.

Die Kommunal-Behörde in Breslau ist die der Innung zunächst vorgeordnete Behörde, und hat sowohl die Innung, wie deren Vorstand hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Verfahrens bei der Erledigung der Innungs-Angelegenheiten zu überwachen. Alle Verhandlungen, Schriftstücke und Urkunden der Innung müssen jener Behörde und dem der Innung zugeordneten Beisitzer auf Verlangen vorgelegt werden. Den wahrgenommenen Unregelmäßigkeiten und Mängeln der Innungs-Verwaltung hat die Kommunal-Behörde durch den Beisitzer und durch Anweisung des Vorstandes abzuwenden. Gegen Mitglieder des Vorstandes, welche ihren Obliegenheiten nicht nachkommen, oder welche den gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften zuwiderhandeln, kann die Kommunal-Behörde Ordnungsstrafen, welche zur Innungs-Kasse fließen, verhängen und durch Exekution im Verwaltungswege beitreiben. Mitglieder des Vorstandes, welche die Befolgung ertheilter Anweisungen beharrlich verweigern oder zur Befolgung der ihnen obliegenden Geschäfte sich unfähig zeigen, oder welche durch Beschluß der Innungs-Versammlung des Vertrauens der Innung unwürdig erklärt sind, können aus ihrer Stellung durch Beschluß der Kommunal-Behörde entfernt werden. Sollte die Innungs-Versammlung ihre Zustimmung zur Erfüllung gesetzlicher oder statutarischer Obliegenheiten versagen, so ist die Kommunal-Behörde befugt, diese Zustimmung zu ergänzen. Eine solche Entscheidung hat eben die Kraft und Wirkung, als wenn die Zustimmung durch einen Beschluß der Innungs-Versammlung erfolgt wäre.

§ 52.

Streitigkeiten über die Aufnahme und Ausschließung von Innungs-Genossen, sowie über die Rechte und Pflichten derselben und der Mitglieder des Vorstandes sind von der Kommunal-Behörde zu ent-

scheiden. Gegen diese Entscheidung steht der Rekurs an die Königliche Regierung offen, welcher binnen einer präklusivischen Frist von vier Wochen bei der Kommunal-Behörde anzumelden ist.

Gegen die von dem Vorstande auf Grund der §§ 43 und 48 getroffenen Entscheidungen ist die Berufung auf weitere Entscheidung durch die Kommunal-Behörde ausgeschlossen.

§ 53.

Schluß-Bestimmungen.

Dieses Statut kann auf den Antrag der Innung oder im öffentlichen Interesse von Amtswegen zu jeder Zeit revidirt und unter Bestätigung des Ministeriums abgeändert werden.

Zu Anträgen der Innung auf Abänderungen des Statuts ist die Stimmenmehrheit von zwei Dritttheilen der in einer außerordentlichen Versammlung erschienenen Stimmberechtigten erforderlich.

§ 54.

Durch eigenen Beschluß kann sich die Innung nur dann auflösen, wenn in einer außerordentlichen Innungs-Versammlung zwei Dritttheile der anwesenden stimmberechtigten Genossen dafür stimmen, wenn außerdem die Berichtigung der vorhandenen Schulden sichergestellt und die Auflösung von der Königlichen Regierung genehmigt ist.

Im Falle der Auflösung der Innung fällt der, nach Berichtigung der Schulden verbleibende Ueberschuß ihres Vermögens, nach den Bestimmungen im § 99 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845, der Stadtgemeinde in Breslau mit der Verpflichtung zu, denselben nach dem Vorschlage der betheiligten Innungs-Genossen entweder zum Besten einer gemeinnützigen gewerblichen Anstalt, oder zu milden Zwecken zu verwenden.

§ 55.

Soweit dieses Statut für die Angelegenheiten der Innung und ihrer Mitglieder besondere Bestimmungen nicht enthält, kommen die allgemein gesetzlichen Vorschriften, zur Anwendung: Insbesondere die Bestimmung der Gewerbeordnung vom 17. Februar 1845 und die Verordnung vom 9. Januar 1849. (So auch das Gewerbliche Statut der Stadt Breslau den 12. Januar 1856.)

Aufstellung des Statuts am 10. Mai 1852 von der Innungs-
Meisterschaft unterzeichnet

J. J. Amts-Älteste J. A. Münster und J. Karsch.

(L. S.)

Mit der Bescheinigung beglaubigt, daß keinem der Mitglieder
der Glaser-Innung nach § 103 der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar
1845 die Aufnahme in die Innung versagt werden könnte, wenn diese
jezt erst erfolgen sollte.

Breslau, am 29. Juni 1853.

(L. S.)

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Elwanger.

Das vorstehende Statut wird hierdurch auf Grund des § 95 der
Gewerbe-Ordnung mit der Maßgabe bestätigt, daß zu den im § 15
bezeichneten Versammlungen der Innung jedesmal sämtliche stim-
berechtigte Genossen spätestens drei Tage vor der festgesetzten Zeit der
Zusammenkunft einzuladen sind.

Berlin, den 3. November 1853.

(L. S.)

Der Minister für Handel, Gewerbe u. öffentliche Arbeiten.
von der Seydt.

„Der Vorstand der Glaser-Innung ist zugleich Vorstand der Sterbekasse.“

Neue Auflage: v. gegenwärtiger Meisterschaft unterzeichnet

Die Glaser-Innung.

A. Eiser.	J. Lemprecht.	O. Pähel.	G. Seydrieh.
(Amts-Ältester)	(II. Ältester)	(Kassenführer)	(Schriftführer)
E. Schott I.	E. Kleinke. I.	E. Reichelt.	E. Rega. I.
H. Ehrbeck	J. Altmann. I.	A. Birkenfeld.	E. Stumpfer.
H. Bremer.	A. Altmann. II.	G. Bierwirth.	E. Klein.
H. Schulze.	E. Schulze	A. Fuchs.	A. Rega. II.
E. Schneider.	A. Schott. II.	G. Kleinke. II.	O. Voßkel.
H. Strack.	G. Rega. III.	H. Hoffmann.	G. Holzmann.
A. Assmann.	H. Stöcker.	E. Bensch.	H. Perschke.

(Eigenhändige Unterschrift des Mitglieds.)

